Verschuldung öffentlicher Gesamthaushalt 2024

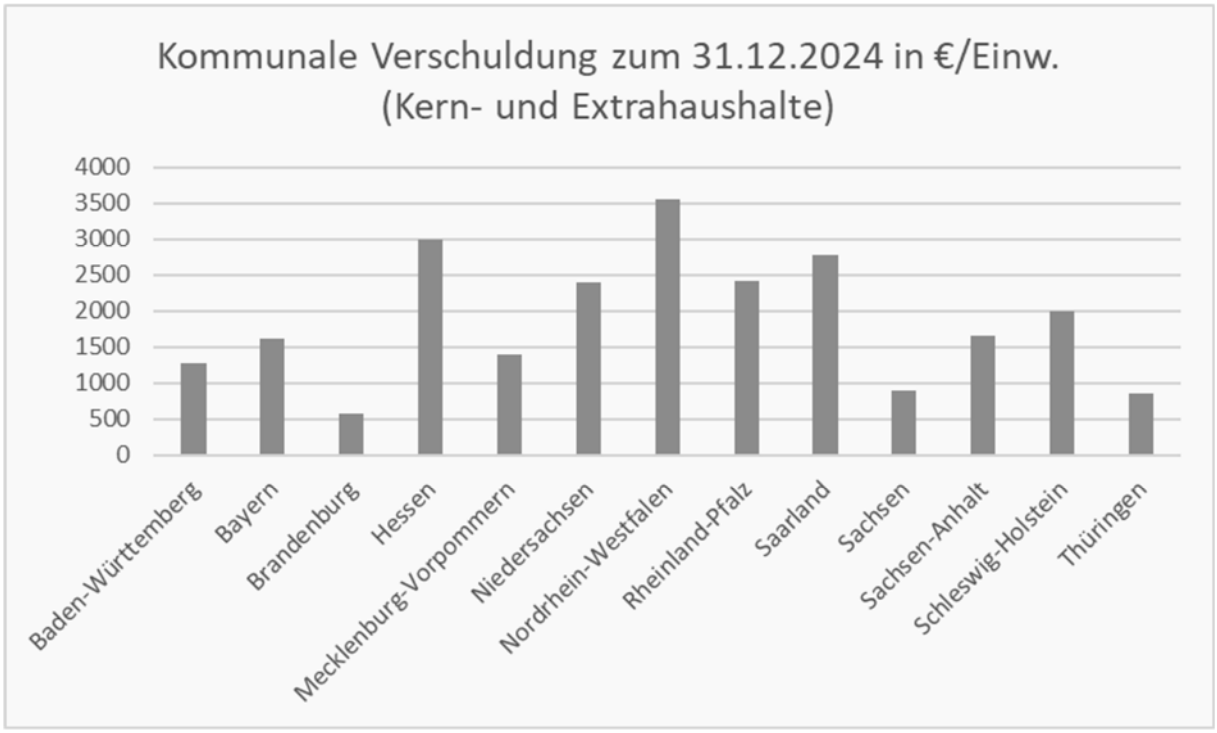
Auch im 4. Quartal 2024 ist die Verschuldung des Staates weiter angestiegen und beläuft sich nun auf 2,51 Billion Euro. Die kommunale Verschuldung wuchs prozentual mit +9,5 Prozent zum Vorjahr auf nunmehr 169,4 Mrd. Euro im Vergleich zu Bund und Länder am stärksten an. Berücksichtigt ist dabei sogar schon die anteilige Altschuldenübernahme durch das Land in Rheinland-Pfalz. Die schon seit einiger Zeit absehbare strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Ebene spiegelt sich nun immer stärker auch in der Finanzstatistik wider. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie ist der kommunale Schuldenberg um ein Viertel angewachsen. Dynamisch steigende Zinsausgaben infolge höherer Schulden insgesamt sowie auslaufende Kredite aus der Niedrigzinsphase belasten die kommunalen Haushalte zusätzlich. Die Einnahmen können schon längst nicht mehr mit den weiter dynamisch steigenden Ausgaben für soziale Leistungen, Personal und allgemein inflationsbedingte Kostensteigerungen mithalten.

Am 26.03.2025 hat das Statistische Bundesamt die vorläufigen Ergebnisse zum Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich Sozialversicherung und aller Extrahaushalte) für das Jahr 2024 veröffentlicht. Zum Stichtag 31.12.2024 lag die Gesamtverschuldung beim nicht-öffentlichen Bereich bei 2.509 Mrd. Euro. Der Schuldenstand stieg somit im Vergleich zum Vorjahr spürbar um 2,6 Prozent (63,9 Mrd. Euro) an.

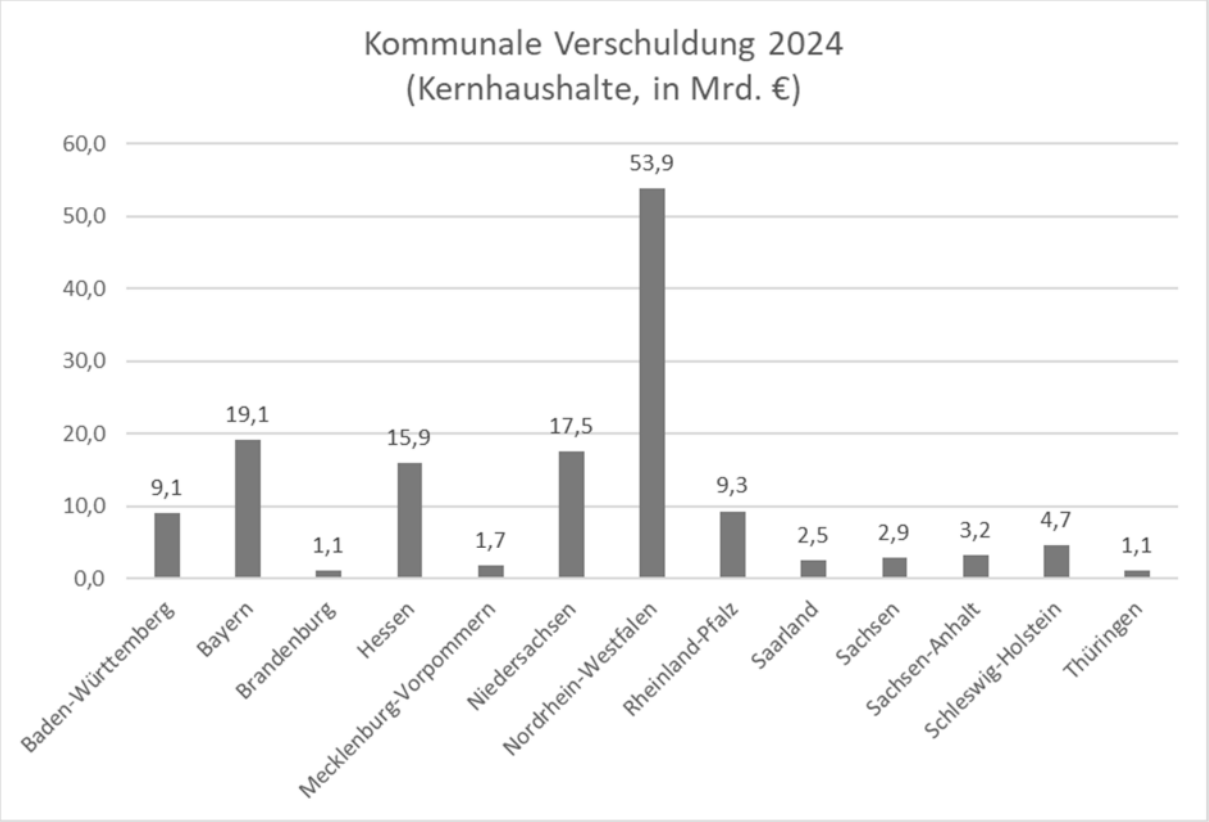
Bund: Gegenüber dem Jahresende 2023 wuchs die Verschuldung des Bundes um 2,1 Prozent (+36,5 Mrd. Euro) auf 1.732,73 Mrd. Euro an. Ursächlich hierfür war insbesondere der Anstieg der Verschuldung des Sondervermögens „Bundeswehr“ um 295,6 Prozent (+17,2 Mrd. Euro) auf nunmehr 23,0 Mrd. Euro. Die Verschuldung des Sondervermögens „Wirtschaftsstabilisierungsfonds Corona“ sank binnen Jahresfrist hingegen um 40,2 Prozent (-14,9 Mrd. Euro) auf 22,1 Mrd. Euro.

Länder: Im Vergleich zum Jahresende 2023 erhöhte sich die Verschuldung der Länder ebenfalls um 2,1 Prozent (+12,7 Mrd. Euro) auf insgesamt 606,88 Mrd. Euro. Prozentual war der Schuldenanstieg in Mecklenburg-Vorpommern (+10,9 Prozent), Rheinland-Pfalz (+9,7 Prozent), Brandenburg (+8,9 Prozent) und Hessen (+8,3 Prozent) am höchsten. Zu beachten sind dabei aber auch Sondereffekte, so schlägt in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel die Refinanzierung von Krediten beim öffentlichen Bereich am Kapitalmarkt, also beim nicht-öffentlichen Bereich, statistisch durch und in Rheinland-Pfalz kommt im Wesentlichen die Übernahme kommunaler Schulden im Rahmen des Programms „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“ zum Tragen (2,8 Mrd. Euro). Schuldenrückgänge gegenüber dem Jahresende 2023 wurden lediglich für Niedersachsen (-4,1 Prozent), Thüringen (-1,8 Prozent), Nordrhein-Westfalen (-1,5 Prozent) sowie Sachsen-Anhalt (-0,8 Prozent) ermittelt.

Gemeinden: Den höchsten Schuldenanstieg, trotz der teilweisen Altschuldenübernahme in Rheinland-Pfalz, verzeichnet mit einem Plus von 9,5 Prozent (+14,7 Mrd. Euro) gegenüber dem Jahresende 2023 mal wieder die Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände. Mittlerweile belaufen sich die Schulden auf 169,37 Mrd. Euro (2.192 Euro/Einw.). Allein im 4. Quartal 2024 stieg die kommunale Verschuldung auf weitere 6,1 Mrd. Euro (+3,7 Prozent) an. Den höchsten prozentualen Schuldenanstieg gegenüber dem Jahresende 2023 wiesen dabei die Gemeinden und Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern (+17,7 Prozent) auf, gefolgt von Sachsen (+17,3 Prozent), Niedersachsen (+15,0 Prozent), Bayern (+14,0 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (+12,8 Prozent). Einen Rückgang der Verschuldung gab es statistisch lediglich in Rheinland-Pfalz (-21,3 Prozent) sowie in Thüringen (-4,0 Prozent) und im Saarland (-0,3 Prozent) zu verzeichnen. Je Einwohner ist die Verschuldung in Nordrhein-Westfalen (3.557 Euro/Einw.), gefolgt von Hessen (3.005 Euro/Einw.) und dem Saarland (2.785 Euro/Einw.) am höchsten.



Die Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte lag zum Jahresende 2024 bei 141,97 Mrd. Euro. Davon entfallen 29,22 Mrd. Euro auf Kassenkredite, 2,77 Mrd. Euro auf Wertpapierschulden sowie 109,98 Mrd. Euro auf Investitionskredite. Bezogen auf die kommunale Verschuldung in den Ländern (Kernhaushalte) ergibt sich folgendes Bild:

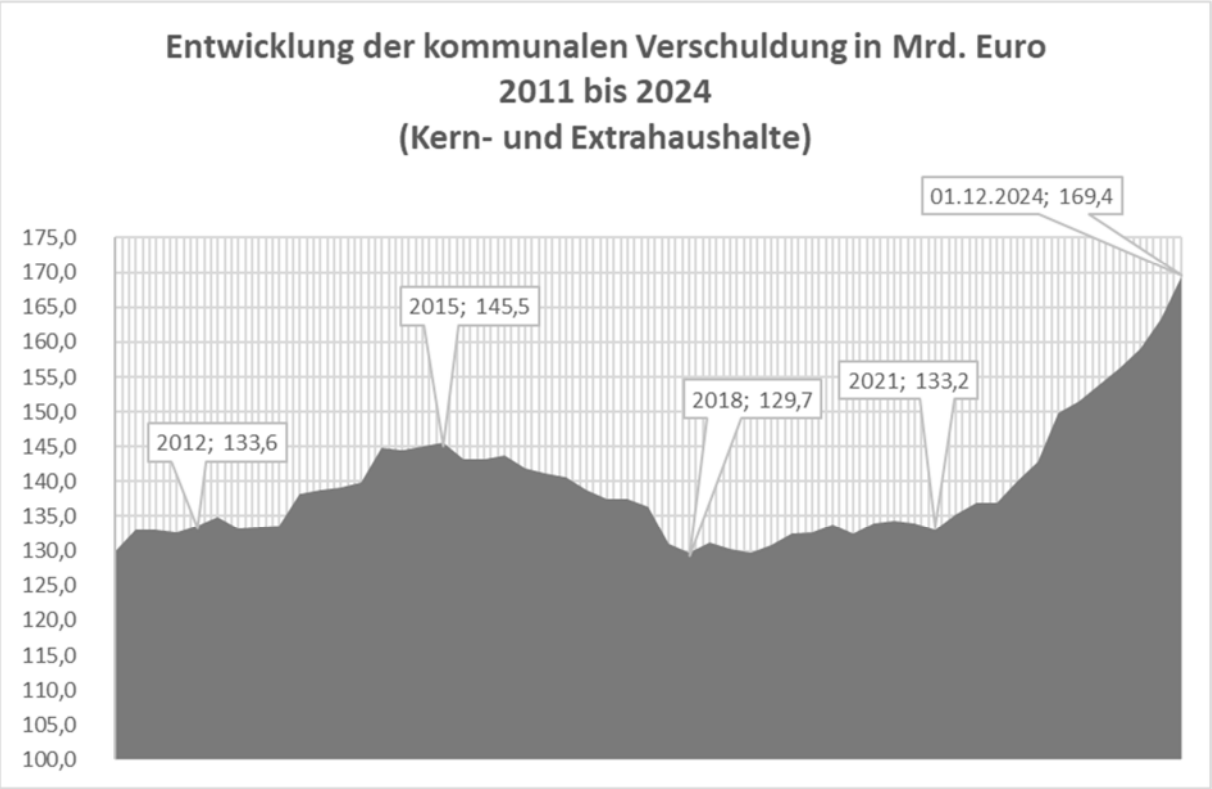


Die Entwicklung der Verschuldung der kommunalen Kernhaushalte in Sachsen-Anhalt ist der Anlage zu diesem Beitrag dargestellt. Auch hier basieren die Daten für 2024 auf vorläufige Zahlen.

Anmerkung:

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen nochmals die immer dramatischere Finanzlage der Städte und Gemeinden in Deutschland. Zum wiederholten Male wuchs die Verschuldung auf kommunaler Ebene prozentual am stärksten an. Tatsächlich wäre der Schuldenaufwuchs sogar noch stärker ausgefallen, wenn nicht die Übernahme von Altschulden durch das Land Rheinland-Pfalz statistisch zum Tragen gekommen wäre.

Betrachtet man quartalsweise die Entwicklung der kommunalen Verschuldung seit 2011, ist festzustellen, dass es den Kommunen seit dem „Höhepunkt“ 2015 (145,5 Mrd. Euro) bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie kontinuierlich gelang Schulden abzubauen. Seitdem ist der Anstieg jedoch rasant. Im Vergleich zum Jahresende 2018 hat die kommunale Verschuldung, trotz zwischenzeitlicher Altschuldenübernahme, um über 30 Prozent zugelegt.



Angesichts dieser Zahlen und des düsteren Ausblicks auf die weitere Entwicklung der Kommunalfinanzen – aktuell sind strukturelle Defizite der Kommunen in zweistelliger Milliardenhöhe Jahr für Jahr zu befürchten – müssen Bund und Länder, auch wenn ihre finanziellen Spielräume ebenfalls begrenzt sind, aktiv nachsteuern und eine aufgabenadäquate Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sicherstellen. Dies schließt eine Aufgabenpriorisierung und ggf. ein Zurückfahren staatlicher Leistungen explizit nicht aus. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund, dass man sich ohnehin schon in einer Rezession befindet, wäre es fatal, wenn die Kommunen noch stärker fiskalisch gezwungen sind Investitionen, als meist einziger signifikanter „freier“ Ausgabenposten, zu kürzen. Schon heute liegt der kommunale Investitionsrückstand bei 186,1 Mrd. Euro. Hinzu kommen notwendige Zukunftsinvestitionen, unter anderem in den Bereichen Klimaanpassung, Wärme- und Mobilitätswende, in jeweils dreistelliger Milliardenhöhe bezogen auf das kommende Jahrzehnt.

Mit Blick auf das beschlossene Sondervermögen „Infrastruktur“ in Höhe von 500 Mrd. Euro auf 12 Jahre, wovon 100 Mrd. Euro für Investitionen auf Ebene der Länder und Kommunen vorgesehen sind, sei angemerkt, dass selbst wenn die Länder die hieraus resultierenden Mittel vollumfänglich an die Kommunen durchreichen würden, diese jährlich rund 8,33 Mrd. Euro nicht ausreichend sind, um den Status quo der kommunalen Investitionstätigkeit zu wahren.

Weitere Informationen:

Statistischer Bericht „Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts – 4. Quartal 2024“: www.destatis.de

(Quelle: DStGB-Aktuell 1325-02)

jl-ds